



Die Bundesbeauftragte
für den Datenschutz und
die Informationsfreiheit

POSTANSCHRIFT Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit,
Postfach 1468, 53004 Bonn

Bundesnetzagentur für Elektrizität,
Gas, Telekommunikation, Post
und Eisenbahnen
z. Hd. Herrn [REDACTED]
Tulpenfeld 4
53113 Bonn

HAUSANSCHRIFT Husarenstraße 30, 53117 Bonn
VERBINDUNGSBÜRO Friedrichstraße 50, 10117 Berlin

TELEFON (0228) 997799-813

TELEFAX (0228) 997799-550

E-MAIL ref8@bfdi.bund.de

BEARBEITET VON [REDACTED]

INTERNET www.datenschutz.bund.de

DATUM Bonn, 17.11.2014

GESCHÄFTSZ. VIII-192/095#0117

Bitte geben Sie das vorstehende Geschäftszeichen bei
allen Antwortschreiben unbedingt an.

1) Z21c G.R.

2)

BETREFF **Beanstandungen bei Telekommunikationsanbietern**

BEZUG Ihr Schreiben vom 03.11.2014, Az.: Z21b 6233 026 noe
Mein Schreiben vom 21.10.2014, Az.: s.o.

Sehr geehrter Herr [REDACTED]

vielen Dank für Ihre schnelle Antwort. Ich möchte hier auf die von Ihnen angesprochenen Sachverhalte kurz eingehen.

Speicherung von SMS-Inhalten:

Sofern Sie § 35 Abs. 3 Satz 1 Ziffer 3 BDSG als Rechtsgrundlage für eine Sperrung sehen, möchte ich darauf hinweisen, dass die Inhalte erst gar nicht erhoben werden dürfen und insofern bereits jedes Speichern dieser Inhalte unzulässig ist. § 35 Abs. 3 Satz 1 Ziffer 3 BDSG setzt aber erst beim zweiten Schritt, dem Ersatz einer Löschung durch eine Speicherung an.

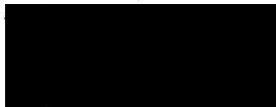
Weiterhin möchte ich noch anmerken, dass ich hier keine Gründe erkennen kann, die auf eine „besondere Art der Speicherung“ hinweisen. Hier handelt es sich lediglich um eine Unzulänglichkeit bei der beschafften Software, welche die Inhalte schon vor einer Speicherung ausfiltern sollte. Eine unzulässige Vorgehensweise kann auch nicht dadurch legalisiert werden, dass diese branchenüblich ist.



SEITE 2 VON 2 **Datensicherung bei der Vodafone GmbH**

Ihre Ausführungen kann ich nicht vollständig nachvollziehen. Natürlich ist es zulässig, dass Backups zur Wiederherstellung von Daten verwendet werden, die dem Unternehmen noch vorliegen dürfen. Die Beanstandung bezog sich jedoch darauf, dass die Backups ebenfalls Daten enthalten, die dem Unternehmen nicht mehr vorliegen dürfen. Dabei wird die Speicherdauer gemäß Leitfaden sehr deutlich überschritten. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir Ihre Haltung zu dieser Problematik präzisieren würden.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag





Der Bundesbeauftragte
für den Datenschutz und
die Informationsfreiheit

Handwritten: 22/22/20, 20, 12, P/117-13, Peter Schaar
Bundesbeauftragter für den Datenschutz
und die Informationsfreiheit

Handwritten: Frist: 02.01.2014, 2216 z.w.V. +
L verlängert bis 17.1.2014

POSTANSCHRIFT

Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit,
Postfach 1408, 53004 Bonn

An den Präsidenten der
Bundesnetzagentur für Elektrizität,
Gas, Telekommunikation, Post
und Eisenbahnen
Herrn Jochen Homann
Tulpenfeld 4
53113 Bonn

HAUSANSCHRIFT Husarenstraße 30, 53117 Bonn
VERBINDUNGSBÜRO Friedrichstraße 50, 10117 Berlin

TELEFON (0228) 997799-100
TELEFAX (0228) 997799-550
E-MAIL ref8@bdi.bund.de

INTERNET www.datenschutz.bund.de

DATUM Bonn, 09.12.2013
GESCHÄFTSZ VIII-192/102#0127

Bitte geben Sie das vorstehende Geschäftszeichen bei
allen Antwortschreiben unbedingt an.

nachrichtlich:

Telefónica Germany GmbH & Co. OHG
Georg-Brauchle-Ring 23-25
D-80992 München

BETREFF

Beanstandung gemäß § 115 Abs. 4 Telekommunikationsgesetz (TKG) i. V. m. § 25
Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) der Telefónica Germany GmbH & Co. OHG

BEZUG

- Bericht zum Beratungs- und Kontrollbesuch "Bestandsdaten" vom 11.09.2012
- Bericht zum Beratungs- und Kontrollbesuch "Verkehrsdaten" vom 04.10.2012
- Beauskunftung von Scorewerten bei Vertragsablehnung (Petenteneingabe, Az. VIII-193-1 II#1716)

Sehr geehrter Herr Homann,

im Jahr 2012 habe ich bei der Telefónica Germany GmbH & Co. OHG Beratungs- und Kontrollbesuche zu den Themen „Bestandsdaten“ und „Verkehrsdaten“ durchgeführt. Bei diesen Besuchen wurden einige datenschutzrechtlich problematische Sachverhalte festgestellt. Trotz ausführlicher Diskussionen und mehrfacher Aufforderungen wurden diese Punkte, die in den oben genannten Bezugsschreiben detailliert beschrieben sind, bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht oder nicht hinreichend angepasst. Zudem habe ich aufgrund einer Petenteneingabe Kenntnis davon erlangt, dass der nach dem BDSG festgelegten Auskunftspflicht bei internem Scoring in diesem Fall trotz mehrfacher Aufforderung nicht nachgekommen wurde. Aus diesem Grund be-



anstande ich gemäß § 115 Abs. 4 Telekommunikationsgesetz (TKG) i. V. m. § 25 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) die nachfolgenden Punkte.

1. Offene Sachverhalte aus dem Themenbereich „Bestandsdaten“

1.1 Einwilligung zur Gesprächsaufzeichnung im Callcenter

Während meines Beratungs- und Kontrollbesuchs zum Thema „Bestandsdaten“ habe ich u.a. festgestellt, dass die Zustimmung zur Gesprächsaufzeichnung von Kundengesprächen in den Callcentern per Widerspruchslösung ausgestaltet ist. Aus datenschutzrechtlicher Sicht ist vor Gesprächsbeginn jedoch die Zustimmung zur Gesprächsaufzeichnung vom Anrufenden per Einwilligung (sog. Opt-In) einzuholen. Diese Datenerhebung und -verwendung wird durch das BDSG reguliert, so dass weder das TKG noch das TMG einschlägig sind. Mangels Erlaubnistatbestandes (§ 28 Abs. 1 Nr. 2 BDSG jedenfalls nicht positiv erfüllt – Interessenabwägung) ist eine Einwilligung des betroffenen Anrufers für eine Legitimation des Mitschneidens erforderlich. Trotz meiner rechtlichen Ausführungen im Schreiben vom 23.05.2013 und der Aufforderung, das Verfahren auf eine Einwilligungslösung umzustellen, ist eine Umsetzung bislang nicht erfolgt.

1.2 Einwilligung zur Nutzung von Verkehrs- und Bestandsdaten

Im Rahmen des Kontrollbesuchs zum Themenschwerpunkt „Bestandsdaten“ wurde festgestellt, dass die Einwilligung zur Nutzung von Verkehrs- und Bestandsdaten im Vertragsformular (Punkte 8.1.2 und 8.2.1) bereits vorbelegt ist. Nach Darstellung der Telefónica Germany GmbH & Co. OHG hat der Antragsteller hier die Möglichkeit, diese vorbelegte Einwilligung zu streichen. Aus datenschutzrechtlicher Sicht ist eine Einwilligungslösung notwendig. Zwar ist nach einer Entscheidung des BGH auf Basis von § 4a BDSG grundsätzlich ein Vorgehen im Wege des Opt-outs (§ 4a bzw. die DSRL stellen insoweit keine dem entgegenstehenden weiteren Anforderungen an eine Einwilligung auf, vgl. BGH MMR 2008, 731, 733) möglich, es ist aber fraglich, ob die in den jetzigen Vertragsformularen gewählte Form den diesbezüglich gestellten Vorgaben entspricht. Dabei kommt es auf eine Gesamtbetrachtung aller Umstände bzw. den konkreten Inhalt der Einwilligung an (vgl. Simitis, § 4a BDSG Rn. 41). Nach dem sog. Paypack-Urteil reicht die Gestaltung, eine Abwahlmöglichkeit als gesondertes anzukreuzendes Kästchen („Ich willige nicht ein“ – Variante des Auskreuzens) zu bieten, bei Erfüllung der sonstigen Voraussetzungen aus. In der HappyDigits Entscheidung wird dies auf die Variante des Streichens der konkreten Klausel ausgeweitet (BGH NJW 2010, 864, 865f). Aus beiden Urteilen lässt sich als Maßstab entnehmen, dass die Abwahlmöglichkeit wohl „denkbar einfach“, jedenfalls aber



SEITE 3 VON 5

„deutlich gestaltet“ sein muss: „Zwar sieht die Klausel 1 – im Gegensatz zu der Klausel, die Gegenstand der Senatsentscheidung vom 16. 7. 2008 war [...], nicht die Möglichkeit vor, zu ihrer Abwahl ein zusätzliches Kästchen anzukreuzen, sondern weist – fettgedruckt – auf die Möglichkeit zur Streichung der Klausel hin. Die Möglichkeit zur Abwahl durch Ankreuzen ist aber nicht zwingend, wenn die Klausel eine andere Abwahlmöglichkeit enthält und dem Hervorhebungserfordernis des § 4a BDSG gerecht wird.“ (BGH NJW 2010, 864, 866 Rn. 28).

Es ist fraglich, ob das Hervorhebungserfordernis auch bei der von der Telefónica Germany GmbH & Co. OHG gewählten Form erfüllt ist. Nach meiner Einschätzung stellt die Möglichkeit, ein mit einem Häkchen versehenes Kästchen und so eine Einwilligung abzuwählen, kein mit den beiden vom BGH entschiedenen Formen vergleichbar ~~einseitiges~~ und hervorgehobenes Opt-out-Modell dar. Weder muss der Kunde ein Feld aktiv ankreuzen, noch nach deutlichem Hinweis eine Klausel streichen, sondern er muss lediglich ein Feld auskreuzen, worauf er jedoch nicht explizit hingewiesen wird. Dies erscheint mir für eine den BGH-Vorgaben entsprechende Opt-out-Regelung zu wenig und könnte auch als nicht eindeutiges Verhalten (Art. 29-Grupp WP-187, S. 28 zu Art. 7 Buchstabe a DSGVO ~~ohne jeden Zweifel~~) bewertet werden. Trotz erneuter Aufforderung mit Schreiben vom 03.09.2013 wurde bisher das Einwilligungsverfahren ~~nicht~~ ein „Opt-In-Verfahren“ umgestellt.

1.3 Auskunftspflicht bei internem Scoring

Im Rahmen einer Petenteneingabe habe ich Kenntnis davon erlangt, dass die Telefónica Germany GmbH & Co. OHG vor Abschluss von Mobilfunkverträgen Bonitätsprüfungen durchführt, in die sowohl externe als auch interne Scorewerte einfließen. Im konkreten Fall wurde der Vertrag aufgrund der ermittelten Score-Werte abgelehnt. Weder dem Petenten noch mir wurden trotz mehrfacher Nachfrage die wesentlichen Gründe mitgeteilt, die zur ablehnenden Entscheidung führten. Unabhängig von der Zulässigkeit des konkreten Verfahrens zur Berechnung des internen Scorewertes stellt dies einen gravierenden Verstoß gegen § 6a Abs. 2 Nr. 2 BDSG dar.



2. Offene Sachverhalte aus dem Themenbereich „Verkehrsdaten“

2.1 Unzulässige Speicherungen für die Erkennung von Störungen

Für Zwecke des § 100 Abs. 1 TKG werden bei Telefónica GmbH & Co. OHG die Inhalte von SMS ohne Rechtsgrundlage gespeichert. Hier geht Telefónica GmbH & Co. OHG in der bisherigen Diskussion nicht auf die fehlende Rechtsgrundlage der Speicherung ein, sondern erläutert nur die Nutzung der Inhalte.

Weiterhin entspricht die Speicherdauer bei weitem nicht den Vorgaben des Leitfadens des BfDI und der BNetzA für eine datenschutzgerechte Speicherung von Verkehrsdaten. Signalisierungsnachrichten werden z. T. für [REDACTED] gespeichert. Hier geht Telefónica GmbH & Co. OHG nicht mehr auf meine Forderungen ein.

2.2 Dauer der Speicherung von nicht abrechnungsrelevanten Verkehrsdaten

Im [REDACTED] werden die Rohdaten aus den Netzwerkelementen verarbeitet, insbesondere um eine Formatanpassung durchzuführen. Die darin verarbeiteten Verkehrsdaten werden noch für [REDACTED] gespeichert. Dies soll insbesondere eine erneute Verarbeitung bei Fehlern im Abrechnungssystem ermöglichen, widerspricht jedoch klar der Forderung des § 97 Abs. 3 Satz 1 TKG. Ferner wurde die Frage nach Backupfristen anderer Systeme trotz mehrfacher Nachfrage nicht beantwortet.

2.3 Speicherung von Verkehrsdaten im Data Warehouse

Hierzu hat Telefónica GmbH & Co. OHG trotz Rückfrage keine Angaben gemacht. Die datenschutzrechtlichen Anforderungen sind nach dem Fachgespräch mit dem BITKOM am 29.05.2013, an dem auch Telefónica GmbH & Co. OHG teilgenommen hatte, soweit geklärt, dass eine Beurteilung möglich ist. Ich werde versuchen, diesen Punkt mit der Telefónica Germany GmbH & Co OHG direkt zu klären.

3. Zusammenfassung

Nach meinen Beratungs- und Kontrollbesuchen ging ich von einer Beseitigung der dargestellten Mängel in einer angemessenen Zeit aus, sodass ich zunächst von einer Beanstandung abgesehen hatte. Leider konnte im Anschluss weder festgestellt werden, dass die Telefónica Germany GmbH & Co. OHG die Mängel beseitigt, noch sich ausreichend um eine Beseitigung der Mängel bemüht hat. So wurden Fristen wiederholt nicht eingehalten und Stellungnahmen zum Teil erst nach mehrfacher Auffor-



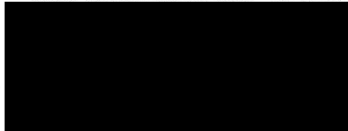
SEITE 5 VON 5

derung abgegeben, die wiederum zu wichtigen Punkten keine oder keine angemessene Antwort enthielten. Dies veranlasst mich zu einer Beanstandung gemäß § 115 Abs. 4 Satz 2 TKG i.V.m. § 25 BDSG.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie in Ihrer Verantwortung folgende Punkte prüfen würden:

- Zulässigkeit einer Widerspruchslösung („Opt-Out“) bei der Einholung der Zustimmung zur Gesprächsaufzeichnungen in Callcentern
- Vorbelegung der Einwilligung zur weiteren Verwendung der Verkehrs- und Bestandsdaten im Vertragsformular
- Pflicht zur umfassenden Beauskunftung bei Vertragsablehnung bei internem Scoring gemäß § 6a Abs. 2 Nr. 2 BDSG
- Unzulässigkeit einer Speicherung von Inhalten der Telekommunikation und Angemessenheit der Speicherdauer von Verkehrsdaten für Zwecke des § 100 Abs. 1 TKG
- Unangemessene Speicherung von nicht abrechnungsrelevanten Verkehrsdaten

Mit freundlichen Grüßen





ERLEBEN, WAS VERBINDET.

Deutsche Telekom AG, Group Headquarters,
Group Privacy, 53262 Bonn

Bundesnetzagentur

Z.H. [REDACTED]

Tulpenfeld 4

53113 Bonn

Unser Zeichen [REDACTED]

Ihre Referenzen

Z21b 6233 026 noe

Ansprechpartner

[REDACTED]

Durchwahl

[REDACTED]

Datum

06.06.2014

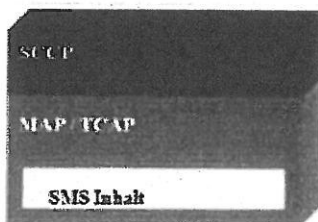
Betrifft

Speicherpraxis von Telekommunikationsverkehrsdaten
Ihre Schreiben vom 17.03.2014 und 19.05.2014

Sehr geehrte Frau [REDACTED]

Sie bitten um eine Beschreibung, wie der Verkehrsdatenanteil einer Kurzmitteilung von einer Kurzmitteilung ausgefiltert werden kann.

Eine Kurzmitteilung ist wie folgt aufgebaut:



SCCP
TCAP
MAP

Signalling Connection Control Part
Transactional Capabilities Application Part
Mobile Application Part

Deutsche Telekom AG
Group Headquarters, Group Privacy, Friedrich-Ebert-Allee 140, 53113 Bonn
Group Headquarters, Group Privacy, 53262 Bonn
Telefon +49 228 181-82001, Telefax +49 228 181-82002, Internet www.telekom.com
Postbank Saarbrücken (BLZ 590 100 66), Kto.-Nr. 166 095 662
IBAN: DE0959010066 166095662, SWIFT-BIC: PBNKDEFF590
Prof. Dr. Ulrich Lehner (Vorsitzender)
Timotheus Höttges (Vorsitzender),
Reinhard Clemens, Niek Jan van Damme, Thomas Dannenfeldt
Dr. Thomas Kremer, Claudia Nemat, Prof. Dr.
Amtsgericht Bonn HRB 6794, Sitz der Gesellschaft: Bonn
USt-IdNr. DE 123475223, WEEE-Reg.-Nr. DE50478376

Hausanschrift
Postanschrift
Telekontakte
Konto

Aufsichtsrat
Vorstand

Handelsregister

| | | | |
|---|------------------|--------|------------|
| Dienststelle | Geschäftszeichen | ☎/Fax | Bonn |
| Z21b | Z21b 6233 | ██████ | 24.09.2013 |
| Betreff Gesprächsvermerk zum Termin mit Herrn Dr. Herkströter (Vodafone) zu aktuellen Datenschutzthemen am 23.09.2013 | | | |

Gesprächsvermerk:

Gespräch mit Herrn Dr. Herkströter am 23.09.2013 zu aktuellen Datenschutzthemen

Teilnehmer:

| | |
|---------------------|------------|
| Herr Dr. Herströter | - Vodafone |
| Herr ██████ | - Z21 |
| Frau ██████ | - Z21b |
| Frau ██████ | - Z21a |
| Herr ██████ | - Z21d |

Inhaltlich ging es um folgende aktuelle Datenschutzthemen bezüglich Vodafone:

1. Datendiebstahl bei Vodafone
2. Anordnung der BNetzA an Vodafone v. 24.06.2013
3. Beanstandung des BfDI bei der BNetzA bzgl. Vodafone v. 29.07.2013

1. Datendiebstahl bei Vodafone

Im Hinblick auf den Datendiebstahl bestätigte Herr Dr. Herkströter, dass es sich bei dem Täter um einen Mitarbeiter handelt. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft dauern an. Die Daten befinden sich nach Kenntnisstand von Herrn Dr. Herkströter in der Schweiz. Ein unbefugter Zugriff auf die Daten sei nicht mehr möglich.

2. Anordnung der BNetzA an Vodafone v. 24.06.2013

Im Hinblick auf die Punkte der Anordnung wurden Parallelen zum „Fall ██████“ gezogen. Dabei handelt es sich um ein zivilrechtliches Verfahren über die Speicherung von Verkehrsdaten gegen Vodafone, in dem vom Amtsgericht Düsseldorf am 09.07.2013 ein Beweisbeschluss erging. Der Beweisbeschluss bezieht sich auf Behauptungen der Vodafone GmbH zur Speicherdauer von Event Records, Cell ID und IMEI.

Da Gegenstand der Anordnung der BNetzA ebenfalls die Speicherdauer von Verkehrsdaten, insbesondere der Cell ID und IMEI ist, wurde von Herrn Dr. Herkströter darum gebeten, vor weiteren Maßnahmen zur Umsetzung der Anordnung den Ausgang des zivilrechtlichen Verfahrens abwarten zu dürfen. Das Abrechnungssystem von Vodafone solle dann entsprechend der sich aus dem Verwaltungsverfahren wie dem zivilrechtlichen Verfahren ergebenden Erforderlichkeit in einem Zug umgestellt werden.

Diskutiert wurde in diesem Zusammenhang auch, ob die derzeitige 43-tägige Speicherung von Flatrate-Daten, Cell-ID und IMEI seitens Vodafone bereits den Anforderungen der Anordnung genügt. In der Anordnung ist bestimmt, dass die betroffenen Daten (Flatrate, Cell-ID, IMEI) unverzüglich nach Ermittlung der Abrechnungsirrelevanz (je nach systemischer Ausgestaltung

spätestens bei Rechnungserstellung) zu löschen sind. Dabei handelt es sich nach Auffassung der BNetzA um einen Speicherzeitraum von 30-31 Tagen. Vor diesem Hintergrund wurde von der BNetzA zum Ausdruck gebracht, dass die 43-tägige Speicherdauer von Vodafone nach erster Einschätzung nicht dem Erfordernis der Anordnung genügt. Nach Auffassung von Vodafone handelt es sich bei den weiteren 10 bis 13 Tage (zwischen Tag 31 und 43) im Abrechnungsprozess um betriebliche Notwendigkeiten. Der genaue Ablauf dieser weiteren Tage wurde von Herrn Dr. Herkströter geschildert und wird von der BNetzA auf die Erforderlichkeit überprüft werden.

Vodafone hatte fristgerecht Widerspruch gegen die Anordnung eingelegt. Hier wurde von Herrn Dr. Herkströter zugesagt, **bis zum 15. Oktober 2013** die entsprechende **Widerspruchsbegründung** zu liefern.

3. Beanstandung des BfDI bei der BNetzA bzgl. Vodafone v. 29.07.2013

Zu den Punkten der Beanstandung, in denen der BfDI die BNetzA um Prüfung gebeten hat – Speicherung von SMS-Inhalten und unverhältnismäßige Datensicherung bei der Verarbeitung der Verkehrsdaten für die Abrechnung – bat Herr Dr. Herkströter vor allem um Gleichbehandlung in der Branche. Insbesondere bei der Speicherung von SMS-Inhalten, bei der Inhalte Teil der Signalisierung seien und sich eine Filterung nur schwer realisieren lasse, regte er an, die BNetzA solle vor weiteren Maßnahmen überprüfen, wie das Verfahren bei anderen Netzbetreibern ausgestaltet sei.

Zur Speicherung eines Back-Up von Abrechnungsdaten für einen Zeitraum von 30-32 Tagen (als unverhältnismäßige Datensicherung Teil der Beanstandung des BfDI) wurde von der BNetzA eine Überprüfung auf Zulässigkeit zugesagt.

4. Sonstiges:

Angesprochen wurde seitens der BNetzA die bekannte Problematik der Verifizierung von Adressdaten im Rahmen von Prepaid Produkten. Herr Dr. Herkströter hatte keine Kenntnis von aktuellen Aktivitäten seitens Vodafone in diesem Bereich. Es wurde vereinbart, dass Vodafone von der BNetzA schriftlich zu einer Stellungnahme im Hinblick auf ergriffene Maßnahmen zur Verifizierung der Adressdaten bei Prepaid Produkten – wie dem im Branchengespräch vereinbarten „Welcome Letter“ – aufgefordert werden soll.

 Z21b

24.09.2013



Der Bundesbeauftragte
für den Datenschutz und
die Informationsfreiheit

Peter Schaar

Bundesbeauftragter für den Datenschutz
und die Informationsfreiheit

POSTANSCHRIFT Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit,
Postfach 1468, 53004 Bonn

An den Präsidenten der
Bundesnetzagentur für Elektrizität,
Gas, Telekommunikation, Post
und Eisenbahnen
Herrn Jochen Homann
Tulpenfeld 4
53113 Bonn

HAUSANSCHRIFT Husarenstraße 30, 53117 Bonn
VERBINDUNGSBÜRO Friedrichstraße 50, 10117 Berlin

TELEFON (0228) 997799-100
TELEFAX (0228) 997799-550
E-MAIL Ref8@bfdi.bund.de

INTERNET www.datenschutz.bund.de

DATUM Bonn, 29.07.2013

nachrichtlich:

Vodafone D2 GmbH
Ferdinand-Braun-Platz 1
40549 Düsseldorf

Bundesnetzagentur
Pias
Telegesch-Nr.
P1074-13
Empfang: 05. AUG. 2013
Frist: 23.08.2013
KC

Ø Pias
VPias
SE 06/c

BETREFF **Beanstandung gemäß § 115 Abs. 4 Telekommunikationsgesetz (TKG) i. V. m.
§ 25 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) der Vodafone GmbH;**
HIER **Speicherung von Verkehrsdaten und Inhalten ohne Rechtsgrundlage**
ANLAGEN **- 12 - (nur an BNetzA)**

Sehr geehrter Herr Homann,

im Jahr 2011 hatte ich bei der Vodafone D2 GmbH (heute Vodafone GmbH) mehrere
Beratungs- und Kontrollbesuche mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten
durchgeführt; im Einzelnen handelte es sich um:

Verkehrsdaten am 13. und 14. April 2011,
Bestandsdaten am 03. und 04. Mai 2011 und
Data-Warehouse am 31. Mai und 01. Juni 2011.

Während der Themenbereich Bestandsdaten inzwischen fast vollständig geklärt wer-
den konnte, sind die Themenkomplexe Verkehrsdaten und Data-Warehouse noch
weitgehend offen. Bei dem Besuch zu den Verkehrsdaten wurden erhebliche Verstö-
ße festgestellt. Diese betreffen insbesondere



SEITE 2 VON 2

- die Speicherung von SMS-Inhalten,
- eine unverhältnismäßige Datensicherung bei der Verarbeitung der Verkehrsdaten für die Abrechnung,
- eine fehlende Mitbenutzererklärung und
- eine z. T. unverhältnismäßige Nutzung von Verkehrsdaten im Data-Warehouse, wobei sich die grundsätzliche Beurteilung aufgrund der Diskussionen seit der Abfassung des Berichts nur wenig geändert hat.

Da ich von einer Beseitigung der Mängel in einer angemessenen Zeit ausging, hatte ich von einer Beanstandung zunächst abgesehen. Leider konnte im Anschluss weder festgestellt werden, dass die Vodafone GmbH die Mängel beseitigt, noch sich ausreichend um eine Beseitigung der Mängel bemüht hat. So wurden Fristen wiederholt nicht eingehalten und Stellungnahmen zum Teil erst nach mehrfacher Aufforderung abgegeben, die wiederum zu wichtigen Punkten keine oder keine angemessene Antwort enthielten. Dies veranlasst mich deshalb zu einer **Beanstandung** gemäß § 115 Abs. 4 Satz 2 TKG i.V.m. § 25 BDSG.


Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie in Ihrer Verantwortung folgende Punkte prüfen würden:

- Speicherung von SMS-Inhalten im Rahmen der Protokollierung der Signalisierung für Zwecke des § 100 Abs. 1 TKG (Ziffer 1.1 im Bericht vom 23.03.2012).
- Datensicherung (Ziffer 1.3 im Bericht vom 23.03.2012).

Einige der weiteren offenen Punkte werden im Rahmen Ihrer Anordnung vom 24.06.13 behandelt. Hier dürfte es wenig sachdienlich sein, die Themen in verschiedenen Vorgängen anzugehen. Andere Einzelfragen wie z. B. den Themenkomplex Data-Warehouse halte ich aus rechtlicher Sicht für sehr komplex. Ich werde versuchen, diese Thematik mit Vodafone zu diskutieren und hoffe, hierbei auf eine formale Einbindung Ihres Hauses verzichten zu können. Bei einigen weiteren Punkten, etwa zur Mitbenutzererklärung oder Detailfragen zur Datenspeicherung (z. B. zu Datenverbindungen) bin ich zuversichtlich, dass eine Lösung direkt mit Vodafone gefunden werden kann.

Mit freundlichen Grüßen



| | | | |
|--|------------------|---|------------|
| Dienststelle | Geschäftszeichen | ☎/Fax | Bonn |
| Z21b | Z21b 6233 026 |  | 12.12.2013 |
| Betreff | | | |
| Gesprächsvermerk zum Termin mit dem BfDI zu aktuellen Datenschutzthemen am 10.12.2013 | | | |

Gesprächsvermerk:

Gespräch mit dem BfDI am 10.12.2013 zu aktuellen Datenschutzthemen

Teilnehmer:

Herr  - BfDI
Herr  - BfDI
Frau  - Z21b

Inhaltlich ging es um folgende aktuelle Datenschutzthemen:

1. Speicherung von SMS- Inhalten (Thema aus der Beanstandung Vodafone)
2. Backup - Speicherung von Abrechnungsdaten (Thema aus der Beanstandung Vodafone)
3. Speicherdauer von 43 Tagen bei Vodafone als "unverzügliche Löschung nach Ermittlung der Abrechnungsirrelevanz" (Thema aus der Anordnung und dem Fall Bettinger)
4. § 45i TKG als Rechtfertigung für die Speicherung von Flatrate-Verkehrsdaten, IMEI und Cell-ID bis zum Ablauf der Beanstandungsfrist (Thema aus der Anordnung / Argumentation in der Widerspruchsbegründung von E-Plus)

1. Speicherung von SMS- Inhalten

Es wurde identifiziert, dass es sich bei der seitens des BfDI kritisierten Speicherung von SMS-Inhalten im Rahmen der Protokollierung der Signalisierung für Zwecke des § 100 Abs. 1 TKG nicht um die Datenübertragung bzw. Speicherung bei der Dienstleistung über den SS7 Kanal handelt.

Vielmehr geht es um den Fall des sog. „Mitloggens“ der Daten (Probes) für die Fehlererkennung und -behebung im Rahmen von § 100 Abs. 1 TKG. (s. Schaubild 1)
Hier werden dann nicht nur die Verkehrsdaten, sondern auch die SMS-Inhalte mitgeloggt.

Das Anliegen des BfDI besteht darin, dass bei diesem Mitloggen die Inhalte gekappt oder rausgefiltert werden sollen. Die Inhalte sollen nicht mehr zu dem Datenpaket gehören, was im Rahmen von § 100 Abs. 1 TKG genutzt wird, da § 100 Abs. 1 TKG keine Grundlage für das Speichern von SMS-Inhalten enthält, sondern nur für die Verkehrsdaten.

(Anm.: Die Telekom führt in ihrer Stellungnahme in diesem Zusammenhang aus, dass die „Verkehrsdatenanteile“ der Kurzmitteilungen zur Fehler- und Störungsbeseitigung für längstens 7 Tage gespeichert werden.)

In der Präsentation von Vodafone wird insoweit ausgeführt, dass es beim Logging der Signalisierung aufgrund der Übertragung von SMS über den Signalisierungskanal nicht möglich

sei zwischen Signalisierung von SMS und Gesprächen zu unterscheiden. Erst im Nachhinein sei eine Filterung möglich. SMS Content (Nachrichteninhalt) würde bei der Filterung maskiert und sei nicht lesbar.

Die Forderung des BfDI besteht darin, dass eine Filterung in der Weise durchgeführt werden soll, dass die Nachrichteninhalte gelöscht werden. (entweder in einem Filter A oder in einem Filter B – s. Schaubild)

2. Backup - Speicherung von Abrechnungsdaten

Hier geht es dem BfDI in erster Linie darum, dass von den Unternehmen beachtet wird, dass gesetzliche Speicherfristen auch für die Backup-Speicherung gelten. (s. Schaubild 2)

Es soll damit verhindert werden, dass Daten zwar gesetzeskonform im Wirksystem gelöscht werden, aber noch in Back-ups vorhanden sind.

Außerdem soll die Back-up Speicherung verhältnismäßig sein.

Letztendlich wird bezüglich Vodafone kritisiert, dass seitens des Unternehmens bisher weder konkrete Angaben dazu gemacht wurden, wie lange welche Daten im Wirksystem gespeichert werden, noch konkret angegeben wurde, wie die Backup-Speicherung erfolgt.

Im Hinblick auf die Backup-Speicherung von (möglicherweise) nicht abrechnungsrelevanten Daten wurden folgende Konstellationen unterschieden (d.h., es müsste für die Zulässigkeit der Speicherung die Möglichkeit einer Abrechnungsrelevanz bestehen)

- die Backup-Speicherung von Flatrate-Daten kann zulässig sein, da zunächst der Tarif ermittelt werden muss.
- Die Backup-Speicherung der Cell-ID kann zulässig sein, da ermittelt werden muss, ob es sich um einen standortabhängigen Tarif handelt.
- Bei IMEI und Anrufversuchen ist fraglich, ob eine Backup-Speicherung zulässig ist, da mangels Darlegung von gerätespezifischen Tarifen nicht ersichtlich ist, dass überhaupt eine Abrechnungsrelevanz gegeben sein kann

Der BfDI spricht sich hier dafür aus, dass bei Vodafone eine „Bestandsaufnahme“ gemacht werden solle, welche Daten wie lange im Wirksystem und in den Backups gespeichert werden.

3. Speicherdauer von 43 Tagen bei Vodafone als "unverzügliche Löschung nach Ermittlung der Abrechnungsirrelevanz"

Eine Speicherung bis zu 43 Tage kann dem Erfordernis der „unverzüglichen Löschung nach Ermittlung der Abrechnungsrelevanz“ gerecht werden, wenn die Möglichkeiten und Gestaltung des Abrechnungssystems entsprechend dargelegt wird.

Es müsste dargelegt werden, dass die Abrechnungsrelevanz erst zu diesem Zeitpunkt festgestellt werden kann. Ähnlich wie oben unter 2. ist dafür grds. erforderlich, dass die Daten überhaupt abrechnungsrelevant sein können. Dies kann problematisch sein bei IMEI und Anrufversuchen.

Klar muss auch sein, dass 43 Tage die Maximalspeicherdauer für die am längsten vorliegenden Daten sind.

Außerdem sollte die Maximalspeicherdauer von 43 Tagen nicht für abrechnungsrelevante Daten gelten. Diese sollten wegen möglicher Beanstandungen länger gespeichert werden.

4. § 45i TKG als Rechtfertigung für die Speicherung von Flatrate-Verkehrsdaten, IMEI und Cell-ID bis zum Ablauf der Beanstandungsfrist

Die Möglichkeit, dass eine Speicherung wegen der in § 45i TKG genannten Konstellationen zulässig ist, kann nicht völlig ausgeschlossen werden (auch wenn keine Erlaubnis aus Teil 7 TKG).

Zu beachten ist, dass es in Fällen, in denen keine Abrechnung erfolgt (echte Flatrate), regelmäßig auch keinen Grund für eine Beanstandung geben wird.

Als praktischer Fall ist nur eine Beanstandung denkbar, in der gerügt wird, dass nicht telefoniert werden konnte.

Hier zu berücksichtigen, dass bei einer Störungsmeldung auch eine Speicherung nach § 100 Abs. 1 TKG möglich ist. (§ 45i TKG bezweckt den Kundenschutz und nicht den Unternehmensschutz.)

Schließlich kann auch argumentiert werden, dass i.S.v. § 45i Abs. 2 TKG eine rechtliche Verpflichtung zur Löschung der Daten besteht.

2 Anlagen

 Z21b

12.12.2013